

A5NEU Keine Wehrpflicht, keine Pflichtdienste

Gremium: GRÜNE JUGEND Kreisverband Pinneberg
Beschlussdatum: 17.09.2025
Tagesordnungspunkt: 5.1. Sachanträge

Antragstext

1. Der Kreisverband Pinneberg von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht sich klar gegen jeglichen Pflichtdienst, wie den Wehrdienst oder Zivildienst, aus.
 2. Den neuen freiwilligen Wehrdienst der Bundesregierung, der an einen Pflichtdienst gewöhnen soll, lehnen wir ebenso ab.
 3. Auch dürfen die wegen schlechten Arbeitsbedingungen und Löhnen zerfallenden Sozial- und Pflegesysteme nicht durch die nur Symptome bekämpfende Verpflichtung von jungen Erwachsenen stabilisiert werden.
 4. Wir fordern stattdessen den Ausbau von freiwilligen, fair bezahlten und attraktiven Angeboten für junge Personen im sozialen und ökologischen Bereich. Dazu gehören der Ausbau und die Steigerung der Attraktivität von FSJ- und FÖJ-Stellen.
- Der Kreisvorstand wird beauftragt, diese Position auf dem Landesparteitag einzubringen.

Begründung

Wir stehen für Freiheit, Selbstbestimmung und eine friedliche Gesellschaft.

- Freiheit statt Pflicht: Eine Rückkehr zu Pflichtdiensten wäre ein massiver Eingriff in die persönliche Freiheit vieler junger Leute. Die Bundesregierung hat bereits angekündigt, falls sich nicht genug Freiwillige finden, auf eine Pflicht umstellen zu wollen. Durch den immer steigenden Personalbedarf der Bundeswehr und wenig Bereitschaft unter Jugendlichen, einen Wehrdienst zu leisten, ist es nur eine Frage der Zeit, wann aus dem vermeintlich freiwilligen Wehrdienst wieder eine Wehrpflicht wird.
- Kein Zwang an der Waffe: Junge Menschen dürfen niemals verpflichtet werden, militärisch zu dienen oder mit der Waffe in der Hand für den Staat einzutreten. Ob freiwillig oder verpflichtet: Militärische Auseinandersetzungen widersprechen unseren Grundwerten von Frieden und Gewaltfreiheit. Niemand sollte Militärdienst leisten, eine Waffe in die Hand nehmen, einem anderen Menschen Schaden zufügen oder töten.
- Beim Wehrdienst lernen junge Menschen autoritäres Denken und blinde Gehorsamkeit. Das ist mit unserem freiheitlichen und selbstbestimmten Weltbild nicht vereinbar.
- Auch ein durch höheren Lohn attraktiverer Wehrdienst ist mindestens so lange abzulehnen, bis alle Personen eine Möglichkeit haben, einen ausreichenden Lebensunterhalt über andere Wege

zu bestreiten. Solange noch Menschen von Bürgergeld leben oder aufstocken müssen, ist der Dienst an der Waffe nur für Wohlhabende eine völlig freie Wahl.

- Frieden statt Militarisierung: Sicherheit entsteht nicht durch mehr Soldaten und Waffen, sondern durch Diplomatie, Prävention und starke internationale Zusammenarbeit. Mehr Personal bei der Bundeswehr stärkt die Sicherheit Deutschlands, der EU und der NATO nur begrenzt. Viel wichtiger wäre eine bessere Zusammenarbeit der europäischen Armeen oder die Einführung von EU-Streitkräften.

Als bessere Alternativen fordern wir: Statt Milliarden in eine militärische Zwangsstruktur zu stecken, um uns auf eine potenzielle Gefahr vorzubereiten, sollten Ressourcen dahingehend genutzt werden, uns auf Gefahren vorzubereiten, die auf jeden Fall auf uns zukommen: die Klimakrise, zerfallende soziale Infrastruktur, die dadurch fortschreitende Spaltung der Gesellschaft und noch viele weitere.